

**Kein Quantum Trost:  
Wer weiß schon was  
Geheimdienste ma-  
chen?** Seite -5-

**Öffentliches Forum  
„Bildung, die an-  
kommt“** Seite -6-

**Mitgliederver-  
sammlung der LAG  
Grundeinkommen** Seite -7-

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

20. Ausgabe / 18. Jahrgang

Für Halle

25. November 2008

## In was für einer Stadt wollen wir leben“

Mehr als 70 Hallenserinnen und Hallenser, darunter zahlreiche Mitglieder unseres Stadtverbandes, waren am 15. November der Einladung unserer Stadtratsfraktion ins hallesche Stadthaus gefolgt.

Die Veranstaltung hatte sich zum Ziel gesetzt, mit der Methodik „Zukunftswerkstatt“ Ideen für die weitere Gestaltung unserer Kommunalpolitik zu entwickeln. In dem engen Zeitrahmen von 6 Stunden wurden den Teilnehmerinnen zunächst von fachkundigen Referenten die Problemstellungen des jeweiligen Arbeitskreises vorgestellt. Im Arbeitskreis „Lebenswertes Halle“, wurden insbesondere die Probleme des Stadtumbaus erörtert.

Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Armut in Halle“. Vor dem Hintergrund der zur Zeit geführten Kürzungsdiskussionen beschäftigte sich der Arbeitskreis „Hallesche Kulturlandschaft“ mit den zukünftigen Ansprüchen an die kommunale Kulturpolitik. Zukunftswerkstatt heißt in erster Linie, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Sicht auf die Probleme darstellen und mit Hilfe von Mode-

ratoren Lösungsansätze entwickeln.

Die Ergebnisse der Arbeitskreise wurden anschließend von allen Teilnehmern gemeinsam beraten. Zu den Inhalten und Ergebnissen der einzelnen Arbeitskreise wird das „Linke Blatt“ in den nächsten Ausgaben berichten.

Der Dank des Stadtverbandes gilt den OrganisatorInnen Ute Haupt und Frank Tillmann, den Referenten, den Moderatoren und natürlich allen, die mit ihrer Teilnahme zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Swen Knöchel



**Zum Spaziergang auf den Spuren der Novemberrevolution am 12.11.2008 legten die teilnehmenden GenossInnen Blumen an der Grabstelle und der Gedenktafel an der Hafnenbahnbrücke für Karl Meseberg nieder.**



## Schade eigentlich

Erinnert sich eigentlich jemand noch daran, dass es auch in Halle einmal eine antifaschistische, gegen Krieg gerichtete Demonstration gab, an der hunderte Leute unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Partei- und Organisationszugehörigkeit teilnahmen? Das ist lange her. Inzwischen hat uns die Realität linker Kleinlichkeit und Rechthaberei eingeholt.

Am 8. November traf sich um 15 Uhr ein buntes Häufchen antifaschistischer Jugendlicher und ein noch kleineres Häuflein von Kommunisten verschiedener Parteien zu einer Demonstration anlässlich des 9. November, initiiert von der SDAJ. Seit dem Spätsommer arbeitete man an der Vorbereitung. Es war nicht einfach, der drängenden Probleme sind zu viele. Unser Stadtvorstand zog es wohl deshalb vor, den Aufruf nicht zu unterstützen. Allerdings habe ich auch nicht einmal je-

manden vom SV bei der Vorbereitung gesehen. Ich finde es beschämend, dass wir Linken uns untereinander noch nicht einmal auf einen Grundkonsens einigen können, der da heißt: bedingungsloser Antifaschismus. Die Demonstration fand statt, friedlich, laut, bunt und informativ auch für die Leute, die ihren Stadtbummel unterbrechen, um zuzuhören. Nicht einmal die so genannten „Antideutschen“ konnten den friedlichen Verlauf stören.

Ich empfand es als traurig und beschämend, dass unsere Partei sich aus einem solchen doch nun wahrhaft öffentlichkeitswirksamen Ereignis herausgehalten hat. So erreichen wir garantiert niemanden. Lasst uns aufhören mit dem Abgrenzungswahn, lasst uns miteinander streiten und kämpfen und nicht gegeneinander.

Karin Petzsch



**Demokratie stärken -  
Aktiv Die LINKE  
unterstützen**

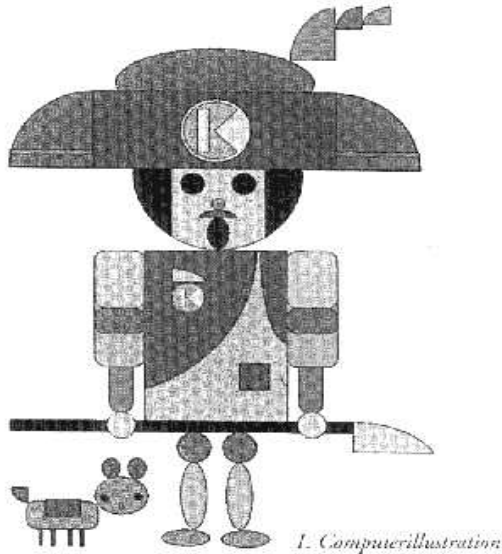
**Wohngebietsnahe  
Basisgruppen in der  
gesamten Stadt bieten  
Möglichkeiten zum  
Mitmachen.**

**Kontaktadressen:  
Stadtvorstand in der  
Blumenstr. 16**



## Einstand

Ich stehe hier und wache  
Für eine gute Sache.  
Ich bin der Hüter dieser Stadt,  
die lauter gute Künstler hat,  
und haue jeden auf den Hut,  
der selbigen ein Leids antut.  
Mein braves Hundevieh gibt Laut,  
wenn sich ein Böser was getraut.



Text und Grafik von Einstand entnommen aus Lothar Freund:  
Freundschaft, Rhino Verlag 1999, Arnstadt; ISBN: 3-932081-30-7

### **Fraktion DIE LINKE: Zukunftsfonds der Abfallwirtschaft - Ehre, wem Ehre gebührt**

Das von der CDU begrüßte Modellprojekt „Zukunftsfonds der Abfallwirtschaft“ findet auch in der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt positiven Widerhall, so der Hallesche Abgeordnete Dr. Uwe-Volkmar Köck.

Doch Ehre, wem Ehre gebührt: Die Fondsmillionen, auf die die Landesinvestitionsbank zurückgreifen möchte, wurden in den vergangenen 15 Jahren einzig und allein von einem kommunalen städtischen Unternehmen der Stadt Halle als Rückstellung für die Deponiesanierung erwirtschaftet. Die in diesem Zusammenhang vom umweltpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Herrn Stadelmann, erteilten Seitenhiebe in Richtung Untersuchungsausschuss Tongrube Vehlitz sind deplaziert.

„Möge meine Prophezeiung nicht eintreten,“ so Dr. Köck weiter, „aber es ist zu befürchten, dass der Zukunftsfonds zuallererst in die Sanierung der vom Untersuchungsausschuss in Vehlitz und an weiteren Orten aufgedeckten Missstände fließen wird. Dann kann aber nicht mehr von einem Zukunftsfonds die Rede sein, sondern höchstens von einem Nachsorgefonds.“

Wege aus der Finanzkrise der  
Stadt Halle (Saale)

Die Stadt Halle hat sich mit diversen Ausgaben verspekuliert, das ist keine Schande, dass ist im Moment sogar in und hip und wird überall in der Welt von Banken so gehandhabt. Nun könnte man sagen, Halle ist eine sichere Bank, die Saale fließt wie eh und je, also ist Stabilität gegeben. Da nun einige Banken noch zögern, die bereitgestellten Milliarden abzuholen, sollte Halle ausnahmsweise mal schneller sein und sofort einen Antrag an die Bundesregierung in Höhe von 1 Milliarde Euro Soforthilfe z. B. für die Bank vor dem Stadthaus stellen. Damit wären Vereine und Verbände, Bibliothek, Staatskapelle, Jugendhilfe, Kultureinrichtungen erst einmal aus dem Schneider und eine Reise nach z. B. Timbuktu zwecks Erfahrungsaustausch von Marktplasterei für unsere OB sicher auch noch drin.  
BM

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail info@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 650 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
20.11.2008  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 04.12.2008

## Leserbrief

### Ach, es sind doch nur 95 Cent!

Verärgert las ich in der 17. Ausgabe des Linken Blattes den Artikel von Herrn Stefan Gebhardt, dass die Gebührenerhöhung von 95 Cent eine Entscheidung mit Augenmaß sei: Es ist doch wohl noch gar nicht solange her, dass die Erhöhung der GEZ festgelegt wurde! Die Bevölkerung hat mit steigenden Kosten im Handel, bei der HAVAG, bei der Bahn, für Gas, Strom und Wasser sowie im Gesundheitswesen große Sorgen und Probleme.

Täglich höre ich im Radio z.B. das 1000•-Rätsel, „das Geld muß raus“, wird immer wieder gesagt. Welche Unsummen verschenkt Herr Pilawa im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und welche Gagen fassen „Stars“ wie TV-Dino Thomas Gottschalk ab? Wie lange soll das noch so weitergehen?

Alle Normalverdiener müssen mit ihrem Geld planen und rechnen, wer über seine Verhältnisse auf Dauer lebt, wird mit Recht zum Schuldner! Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten holen sich schon ihre erforderlichen Gelder vom Bürger, und drohen uns, Werbungen in ihre Sendungen bringen zu müssen. Es geht doch wohl nur um die Einschaltquoten im Kampf gegen die Privatsender! 95 Cent im Monat, das sind 11.40• jährlich pro Haushalt.

Der UNO fehlen wohl zurzeit nur 500 Millionen Euro, um den hungernden Menschen auf unserer Welt etwas helfen zu können.

Die Regierung Deutschlands hat auf einmal fast 500 Milliarden Euro zur Rettung der Banken bereitgestellt. Wo kommt plötzlich das viel Geld her? Die Masse der werktätigen Menschen, die tagtäglich zur Arbeit gehen und diese Werte erst

einmal erarbeiten, leben unverhältnismäßig schlecht gegenüber denen, die von Gewinnen und Steuern leben. Die Armut ist wohl inzwischen in über 20% der Haushalte gegenwärtig. Ich sage „Nein“ zur 11. Gebührenerhöhung, die 12. ist bestimmt bereits geplant!?

Noch kann ich es finanziell verkraften, monatlich 25,00 Euro für Kuba zu spenden, in der Gewissheit, dass diese standhaften und leidgeprüften Menschen solidarische Hilfe erreicht. In der Hoffnung, dass dieser kleine Inselstaat immer reichlich Milch für die Kinder zur Verfügung hat, spende ich gerne.

Nun noch zur Entscheidung unseres Bundestages zur 14-monatigen Verlängerung des Kampfeinsatzes in Afghanistan. Statt 3500 müssen jetzt 4500 Soldatinnen und Soldaten unter Einsatz ihres Lebens Deutschland in am Hindukusch verteidigen. 442 Abgeordnete des Bundestages,

die für die Verlängerung und Erhöhung mit „Ja“ gestimmt haben, sollten sofort nach Afghanistan geschickt werden. Die 92,00 • pro Tag zum Sold reizen wohl diese Herrschaften gar nicht?

Ich sage „Nein“ zu diesem Beschluss! Ich danke den 96 Neinsagern im Bundestag.

Noch ein Gedanke zur globalen Finanzkrise. Die USA sind mit über 10 Billionen Dollar verschuldet. Natürlich haben militärische Aufrüstungen und ihre aggressiven Kriege dazu enorm beigetragen. Ich habe einen Traum, dass in Zukunft den Regierungen das Geld fehlt, um ökonomisch, ideologisch und militärisch ihre Vorstellungen von Freiheit und Demokratie anders denkenden Völkern aufzuzwingen.

Möge mein Traum kein Ende finden.

Gert Aurich

(Sympathisant der linken Politik)

### Fraktion DIE LINKE:

#### Sport selbst muss endlich wieder ins Zentrum

Zur Freigabe der Mittel für die Sportförderung im Jahr 2009 erklärt die finanzpol. Sprecherin der Fraktion Dr. Angelika Klein:

„DIE LINKE hat sich bei der Entscheidung zur Freigabe der Mittel enthalten. Es ist anzuerkennen, dass Sozialministerium wie Landes-sportbund in den letzten Monaten viel geleistet haben, um verkrustete Strukturen aufzubrechen.

Aber nach wie vor bleiben viele Fragen offen. So ist noch immer ungeklärt, ob und in welcher Weise von der Landesregierung Rückforderungen gegenüber dem Landessportbund geltend gemacht werden. Zudem liegt gegenwärtig nur ein vorläufiger Wirtschaftsplan ohne entsprechende Stellenpläne für das Jahr 2009 vor. Bis zu dessen Vorlage wäre eine Teilspernung der Mittel ein gangbarer und zu vertretender Weg gewesen.

Angesichts dieser Defizite war eine Zustimmung der LINKEN nicht möglich. Allein mit Blick auf die Interessen und Bedürfnisse der SportlerInnen, der vielen ehrenamtlichen ÜbungsleiterInnen und TrainerInnen, die das Sportjahr 2009 planen müssen, hat sich DIE LINKE einer Freigabe der Mittel nicht entgegengestellt - der Sport selbst muss endlich wieder in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.“

## Kein Quantum Trost: Wer weiß schon was Geheimdienste machen?

Wolfgang Neškovic an der MLU

Nein, es ging nicht um James Bond 007 oder sonst welche Agententypen aus dem Kino, als Wolfgang Neškovic am 17. November im Löwengebäude der Martin-Luther-Universität seine Sicht auf die deutschen Geheimdienste ausbreitete. Und doch drängte sich eine Parallele auf: Ebenso wie die Doppelnull-Agenten von Fall zu Fall sind BND, MAD und Bundesverfassungsschutz offensichtlich außer Kontrolle. Nun war und ist nicht zu befürchten, dass rasende Verfolgungsjagden, wüste Explosionen oder tödliche Schusswechsel in deutschen Städten demnächst zur Tagesordnung gehören werden, denn die realen Agenten sind zum Großteil Beamte. Rund 10.000 Mitarbeiter haben die bundesdeutschen Geheimdienste, aber es gibt nur 9 Parlamentarier, die sie kontrollieren. Wolfgang Neškovic, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der LINKEN, ist einer von ihnen. Er war auf Einladung der GEW-Hochschulgruppe und des Wahlkreisbüros von Hendrik Lange, die gemeinsam seit einigen Jahren die Vortragsreihe „Hochschule - Politik - Gesellschaft“ veranstalten, nach Halle gekommen, um über „Geheimdienste und die Demokratie“ zu reden. Als Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium, kurz PKG, das die Geheimdienste kontrollieren soll, weiß er, wovon er spricht, wenn er das System der Geheimdienstkontrolle kritisiert. Er hält das PKG für einen Papiertiger. Nicht nur, dass dessen Mitglieder nicht von den einzelnen Fraktionen dorthin entsandt werden wie in andere Ausschüsse auch - sie bedürfen für ihre Wahl der Kanzlermehrheit. Wolfgang Neškovic ist daher der erste und einzige Kandidat der Linksfraktion, der es dorthin geschafft hat, vor allem aufgrund

seiner Vita als angesehener Richter, zuletzt am Bundesgerichtshof. Befremdlich ist auch, dass die Oppositionsvertreter allein nicht einmal im PKG Kontrollrechte haben, da auch diese dem Mehrheitsbeschluss des Gremiums unterliegen. Die Koalitionsvertreter können also blocken oder die Regierung reinwaschen. „Das ist wie, wenn in einem Gerichtsverfahren der Angeklagte über den Umfang der Beweisaufnahme entscheidet, oder um mit Isaac Newton zu sprechen: Was wir wissen, ist ein Tropfen; was wir nicht wissen, ist ein Ozean.“ Das dritte Manko der gegenwärtigen Situation ist, dass es nicht einmal Sanktionsmöglichkeiten für das PKG gibt. Selbst Lügen von Beamten vor dem PKG bleiben ungestraft. Es sei damit ein „Wachhund ohne Gebiss“. Die strengen Geheimhaltungsvorschriften bedeuten zudem, dass die Mitglieder das wenige Wissen, das sie erlangen, praktisch mit ins Grab nehmen müssen.

So nimmt es nicht Wunder, dass die vielen Skandale der letzten Zeit vor allem von Journalisten aufgedeckt wurden. Zudem sei vieles durch den BND-Untersuchungsausschuss an die Öffentlichkeit gelangt. Der Leidensdruck, so sein Fazit, sei inzwischen so hoch, dass kleine Veränderungen in Angriff genommen würden. Alle Oppositionsfraktionen haben Gesetzentwürfe vorgelegt oder arbeiten daran. In der LINKEN sind Geheimdienste an sich umstritten. Wolfgang Neškovic billigt ihnen das Existenzrecht zu und hält sie auch für kontrollierbar, allerdings zu wesentlich anderen Bedingungen, als derzeit. So fordert er beispielsweise mehr Mitarbeiter für PKG-Mitglieder, vollen Zugriff auf alle Geheimdienstvorgänge durch die PKG-Abgeordneten oder den

Zeugenstatus bei Aussagen vor dem PKG, der Sanktionsmöglichkeiten bei Falschaussagen bietet.

Im Diskussionsteil der Veranstaltung dreht sich vieles um die bekannten Fälle. Die Leiden eines Murat Kurnaz in Guantanamo stehen als Menetekel im Stammbuch der rot-grünen Bundesregierung. Für Wolfgang Neškovic ist SPD-Mann Frank-Walter Steinmeier in diesem Zusammenhang ein „prägnanter Rechtsstaatsversager“, eine aus seiner Sicht gerichtsfeste Tatsachenbehauptung. Doch der Rechtsstaat sei auch durch immer neue Sicherheitsgesetze wie das BKA-Gesetz in Gefahr. Zwar sei Rechtsstaatspolitik oft ein trockenes Gebiet, mit dem sich auch keine Wahlen gewinnen ließen, doch entscheide sich auch hier die Zukunft der Demokratie.

Zuhörerfragen nach den Parallelen von heutigen deutschen Geheimdienstmethoden zur DDR-Staatsicherheit wies er hingegen deutlich zurück. Die Unterschiedlichkeit der Rechtssysteme mache den Vergleich unzulässig, da das Grundgesetz immer noch eine der freiheitlichsten Verfassungen der Welt sei. Dennoch entferne sich die Lebenswirklichkeit immer mehr vom Anspruch des Grundgesetzes, was sich auch in den vielen ablehnenden Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu Sicherheitsgesetzen widerspiegele. Erschreckend sei es schon, dass in Deutschland Judikative einerseits und Exekutive und Legislative andererseits kaum noch konkordant seien.

Das zeuge davon, dass das rechtsstaatliche Gewissen bei letzteren gegen Null gehe.

Null Null Sieben war da schon längst vergessen.

Felix Knothe

## Auf der Basis des Grundgesetzes

„Gysis bunte Truppe“ wird die Bundestagsfraktion der Linken genannt, seit auf der „Offenen Liste“ eine Anzahl von Parteilosen in das Parlament eingezogen ist. Zu den von den Gegnern hämisch als „Paradiesvögel“ bezeichneten Neuen gehört W. Neskovic. Am 17.11.2008 war er Gast der Linken in Neustadt.

### Position

Was er zum Thema „Der Sozialstaat als Sozialfall“ zu sagen hatte, wurde bereits im Vorfeld in einem Faltblatt mitgeteilt: Grundgesetz Artikel 1, Artikel 14(2), Artikel 15 und Artikel 20 (1) erfordern den Ausbau des Sozialstaates. Auf dieser Basis lässt es sich für bessere soziale Verhältnisse streiten, ist eine gesetzliche Ausgestaltung möglich. Nach Auffassung des Abgeordneten wäre auf dieser Grundlage auch der Weg zum „demokratischen Sozialismus“ denkbar.

In seinem einstündigen Vortrag blieb der Bundesrichter a.D. dem Motto treu: „Im Auslegen seid ihr frisch und munter...“ Von besonderem Interesse einige markante Aussagen. „Alles, was Daseinsfürsorge umfasst, gehört nicht in Privathand“, „Der Regelsatz bei Hartz IV ist ein Verstoß gegen GG Art. 1“ und „Jedes Mehr an sozialer Gerechtigkeit erfordert politische Anstrengungen“. Altbekannte linke Thesen vom Klassencharakter des Rechts wurden nicht bemüht.

### Diskussion

Die Diskussion dauerte 90 Minuten, war lebhaft und sachkundig. „Wie ist die gegenwärtige Praxis der Arbeitsämter/Arge gegenüber Hartz IV-Empfängern mit Art. 12

GG - Verbot der Zwangsarbeit - vereinbar?“ lautete die 1. Frage. Weitere Fragen betrafen die Übereinstimmung der UNO-Menschenrechte und des Europarechtes mit dem deutschen Sozialrecht. Auf Anfrage von P. Sitte, ebenfalls MdB, erklärte W. Neskovic wie kompliziert und umstritten z.B. die Konkretisierung „Sozialer Grundrechte“ bei der Erarbeitung von neuen Gesetzen usw. in den Bundestagsausschüssen ist und nannte manche Abgeordnete „in Sozialfragen gewissenlos“.

Seine Antworten nutzte der Gast zur Darstellung weiterer Positionen wie der Forderung nach gegenleistungsfreier Grundsicherung in Höhe von ca. 800-850 Euro/Monat und der Forderung nach Mindestlohn von 1200-1500 Euro/Monat. Deutlich sagte er, dass es innerhalb der Fraktion Die Linke zu diesen Positionen keine übereinstimmende Meinung gibt. Wäh-

rend der Aussprache nahm niemand auf diesen Sachverhalt Bezug.

Nach der Rechtmäßigkeit eines politischen Generalstreiks befragt, erklärte der ehemalige Bundesrichter, dass dieser nicht durch das GG gedeckt ist. GG Art. 9 bezieht sich ausdrücklich auf „Arbeitskämpfe“. Weitere Fragen bezogen sich auf die Fördermittelkürzungen in Halle und die Friedhofsschließung in Neustadt und standen in keinem Zusammenhang mit dem Thema des Abends, offenbarten jedoch, was die BürgerInnen bewegt und auf was sie von der Linken Antworten erwarten.

Zum Abschluss zitierte W. Neskovic aus der Verfassung des Freistaates Bayern. Der Wortlaut klang „fast sozialistisch“.

Gastgebern und Gast, danke für den interessanten Abend  
G.Nau

DIE LINKE im Bildungskonvent vor Ort lädt ein zum

### Öffentlichen Forum „Bildung, die ankommt“

**27.11.2008, 18:00 Uhr, Thalia Theater Halle, Kleiner Saal,  
Kardinal-Albrecht-Straße 6**

Wir als Mitglieder der Landtagsfraktion DIE LINKE im Bildungskonvent möchten mit Ihnen ins Gespräch kommen

- darüber, welche Anforderungen an Bildung und die Qualität von Bildungsprozessen zu stellen sind
- und**
- darüber, was in Schule, Ausbildung und der sozialen Lebenswelt getan werden muss, damit Bildung für jede und jeden Erfolg und Gewinn für ein erfülltes Leben bringt.

Weitere Informationen: [www.bildungskonvent-dielinke.de](http://www.bildungskonvent-dielinke.de)

## **Mitgliederversammlung der LAG Grundeinkommen**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,  
zum Abschluss des ersten erfolgreichen Jahres unseres Bestehens lädt der Sprecherrat für

**Samstag, den 13.12.08 14:00 Uhr in die Blumenstraße 16**

zur Mitgliederversammlung ein. Wir haben den bereits angekündigten Termin noch einmal um eine Woche verschoben, da zum ursprünglich geplanten Termin am 06.12.08 eine wichtige Veranstaltung des Landesverbandes unserer Partei stattfindet. Wir bitten daher um Euer Verständnis!

Wir unterbreiten folgenden Tagesordnungsvorschlag:

### **Tagesordnung zur Mitgliederversammlung der LAG Grundeinkommen**

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Resümee zum Jahr 2008
4. Diskussion des Arbeitsplanes für 2009
5. Beschluss des Arbeitplanes
6. Diskussion des Finanzplanes 2009
7. Beschluss des Finanzplanes 2009
8. Anregungen/Sonstiges
9. Vorschläge für Termin und Tagesordnung des nächsten Tagungstermins der LAGGE

### **Pause**

10. Filmvorführung (16:00 Uhr, öffentliche Veranstaltung)
11. Grundeinkommen ist ein Filmessay der schweizerischen Grundeinkommensaktivisten Daniel Häni und Enno Schmidt, der mit den einfachen Mitteln der Youtube-Generation entstand. Mit der Kritik am Grundeinkommen, dem Blick in die Geschichte und den Schlaglichtern, was ein bedingungsloses Grundeinkommen bewirken könnte, folgt der Film einer energiegeladenen Idee, die Neues entdecken lässt und Bekanntes neu in die Hand nimmt. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft kommen zu Wort, wie auch die Frau an der Kasse und der Mann auf der Straße, der zum ersten Mal von der Idee hört. Mit dem Grundeinkommen ist man mittendrin im Leben. Beispielsweise kommt ein Wirtschaftsethiker der Universität St. Gallen zu Wort: „Von ganz rechts bis ganz links rufen alle nach Wirtschaftswachstum. Dass heißt, man denkt in Quantität und verdrängt damit die Chance, qualitativ neue und höherwertige Organisationsmodelle für unsere Gesellschaft zu entwerfen.“ wg

## **Ein erneuter Rekord!**

### **Zum Oktoberskat**

Unser letzter Preisskat am 25. Oktober 2008 erzielte mit 59 Teilnehmern erneut einen Rekord.

So schön wie diese Tatsache auch ist, wir kommen damit jedoch langsam an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Zum einen gibt es nur 20 Tische, an denen gespielt werden könnte. Ich habe selbst mit dem Leiter der Begegnungsstätte zur „Fähre“ die Überprüfung vorgenommen, 20 Tische sind hier die Grenze. Zum anderen wäre aber auch die Übersicht nicht mehr gegeben und auch die Organisation würde unsere Kräfte überschreiten.

Doch nun zu den Ergebnissen:

Von den 59 Teilnehmern überschritt nur einer die Grenze von 2000 Punkten, insgesamt kamen 48 Teilnehmer über 1000 Punkte. Wir hatten eine

Ausgeglichenheit wie lange nicht. Erster mit 2144 Punkten wurde Skatfreund Horst Strankowski, er empfing dafür die vorgesehenen 40 Euro. Zweiter mit 1996 Punkten wurde Horst Müller, dafür gab es 25 Euro und schließlich dritter mit 1984 Punkten wurde Uwe Legel. Dafür erhielt er noch 15 Euro. Alle anderen, natürlich gestaffelt nach der erreichten Punktzahl, hatten die Auswahl bei den Sachpreisen. Wie immer erhielt auch der letzte seinen Preis. Das Jahr 2008, welches bei uns sehr erfolgreich verlief, geht nun dem Ende zu. Am 19.12.2008 startet unser Weihnachtspreisskat. Dazu wünschen wir allen ein gutes Blatt  
Eure Skatfreunde  
Rüdiger Schneidewind und Hans Stollberg